

wider ihn herrscht, nachgelegt zu resignieren. John weigert sich, diesen Schritt zu tun. Die Entscheidung liegt jetzt in der Hand des Papstes.

Madrid. Die Matrosen der in Hafen von Santander liegenden Schiffe sind in den Aufstand getreten. Verhandlungen der Unternehmer mit den Arbeitern zur Befriedigung einer Forderung sind gescheitert. Die Matrosen in den Häfen von Alicante, Valencia und Sevilla haben sich dem Aufstand angeschlossen. Eine große Anzahl von Schiffen kann ihre Ladung nicht löschen. Einige Schiffsfahrts-Gesellschaften in Sevilla und Barcelona beabsichtigen, französische Matrosen anzunehmen.

Lissabon. Der Finanzminister hat den Cortes einen Gesetzentwurf zur Hebung des Wechselkurses, zur Vermeidung des Papiergebührens und zur Verneuerung des Metallbestandes der Bank von Portugal vorgelegt.

Kopenhagen. Da der König erst Ende des Monats erwartet wird, und der Kronprinz nach Stockholm zu reisen wünscht, um dem 75. Geburtstag des Königs Oskar beizuwohnen, wird Prinz Christian die Regentschaft übernehmen.

Haag. Der Schiedspruch in der Venezuela-Streitfrage wird nicht vor Ende Februar bekannt gegeben werden.

Belgrad (Priv.-Tel.) Durch Auflösung wurden vorgestern die Adjutanten des Königs Oberstleutnant Bosanowitsch, Major Guttsch und die Ordnungsoffiziere Hauptmann Kollits, Hauptmann Wittlich und Oberstleutnant Antitsch zum Austritt aus dem Hofdienst bestimmt. In Nachfolgern der ausgeschiedenen Adjutanten hat der König die Majore Jovanowitsch und Barjaktrowitsch und zu Nachfolgern der ausgeschiedenen Ordnungsoffiziere die Hauptleute Komowitsch, Besimirowitsch und Milentitsch ernannt. Von den ausgeschiedenen Offizieren gehören alle außer Guttsch dem Kreise der Verschwörer an. Die neuernannten Hofbeamten waren nicht unter den Verschwörern, sollen aber mit ihnen sympathisieren.

Belgrad (Priv.-Tel.) In gut informierten politischen Kreisen hält man die Erhebung des gegenwärtigen Kabinetts durch ein Kabinetts Ratitsch für wahrscheinlich. Neben dem Budget scheint auch die Frage des Abstantenwechsels die Stellung des gegenwärtigen Kabinetts erschüttert zu haben. In den nächsten Tagen dürften auch die übrigen Gelehrten Belgrad verlassen, mit Ausnahme von Betho-Walcha.

Sül. Der französische Kreuzer „Gascon“ wird in Chemulpo erwartet.

Wien. 10 Uhr nachmittags. Börse 77.30, Rohwolle 129.75, Schanzer 88.80, Zucker 62.25, Fäden (unvoll) 87.87, Käse 122.20, Osmaroban 100, Staatsbahn 7.30, Kommoden 69, —, Feil.

Paris. Probentischmarkt. Weizen per Januar 21.60, per März-April 21.50, Weizen per Januar 43.25, per März-April 43.—, Straum, Weizen per Januar 52.70, per März-April 52.—, Gerste.

Amsterdam. Probentischmarkt. Weizen per Januar —, per März —, Roggen per Januar —, per März —, Weizenöl.

Zur Denkschrift über die Wahlreform.

Die Denkschrift zur Wahlreform findet auch in der auswärtigen Presse die ihr gebührende Beachtung, wenigstens die Meinungen sehr geteilt sind. Von linksliberalen Blättern äußern sich die „Nat.-Ztg.“ und die „Frankf. Ztg.“ in ganz abweichender Weise. Selbstverständlich ist dies auch in der sozialdemokratischen Presse, nur daß der Ton hier noch etwas „geladener“ ist. Diese Kritiker können eben durch seine unannehmbaren Reformvorschlüge beleidigt werden; sie wollen sich nur mit einem Wohlgefallen einverstanden erklären, welches die breite Masse widerstandslos dem Terrorismus der Sozialdemokratie und allen demagogischen Umtrieben anliehert.

Aber auch die Centralblätter „Deutsche Tagesz.“ wenden sich scharf gegen die Denkschrift. Sie erklärt die ganze Reform als ein „totgeborenes Kind“ und begründet diese abfällige Kritik wie folgt: 1. Eine Verbindung allgemeiner und berufständlicher Wahlen ist logisch unbegründet. Ist eins von den beiden Verfahren innerlich berechtigt, so muß es folgerichtigweise das andere ausschließen. Sie können nur äußerlich zusammengedrückt, nicht logisch und innerlich verbunden werden. Die Verbindung ist aber auch praktisch höchst ungeschicklich, weil sie das ganze Wahlverfahren unangenehm kompliziert. Sie muß endlich den Einbruch der Unrechtmäßigkeit machen, da sie einigen Ständen eine Doppelstimme verleiht, während sie andere nicht berücksichtigt. Tatsächlich stellt die Verbindung beider Wahlen nur ein veräppeltes und willkürlich beschlissenes Wahlrecht dar. 2. Es ist selbstverständlich, daß durch die berufständlichen Landtagswahlen, wenn sie in Verbindung mit allgemeinen Wahlen erfolgen, die Parteipolitik in die Berufstände selbst und in ihre eigentlichen Organisationen hineingetragen wird. Während bisher parteipolitische Erwägungen für die Wahlen zu diesen Organisationen und für ihre Tätigkeit selbst nicht in Betracht kamen, wird dies künftig unummeidlich sein. Daß das weder für die Gesamtheit noch für die Stände und ihre Vertretungen ein Segen ist, liegt auf der Hand. 3. 16 Kreise für die allgemeinen Wahlen sind viel zu wenig. Es würde fünfzig dem einzelnen Abgeordneten kaum möglich sein, seinen Kreis so genau zu kennen, wie es doch gerade für die Landtagsberatungen geboten erscheint. Die Verringerung der Zahl der Kreise auf den 5. Teil würde den Arbeiten des Landtags nicht förderlich, sondern abträglich sein. Bei der Auswahl der Kandidaten würden die parteipolitischen Rücksichten alle anderen überwiegen. 4. Durch die Abgrenzung der Klassen wird der neue Plan in gewisser Beziehung noch „plutokratischer“ als das bestehende Gesetz. Die Klassenabgrenzung erfolgt für das ganze Land, ohne jede Rücksicht auf die besonderen, grundverschiedenen Verhältnisse der einzelnen Landesteile. Dadurch werden eine Menge Wähler, die bisher vermöge der Eigenart ihrer örtlichen Verhältnisse in der I. oder II. Klasse wählten, in die II. bzw. III. Klasse verwiesen. Es gab Orte, wo Wähler, die weniger als 38 Mt. Staatssteuern zahlten, der I. Klasse angehörten; diese werden künftig in der III. Klasse wählen müssen. 5. Durch die Abgrenzung wird ferner der Schwerpunkt der I. und II. Abteilung in die größeren Städte gelegt; das Land wird geradezu totgedrückt. So hat die Stadt Dresden — abgesehen von den „Gebildeten“ — fast die Hälfte aller Wähler I. Klasse als die ganze Kreishauptmannschaft; und in Leipzig liegen die Verhältnisse ähnlich. 6. Was wird also die Wirkung der geplanten Veränderung sein? Die III. Klasse wäre wohl ausnahmslos der Sozialdemokratie verfallen; sie würde auch, wahrscheinlich nicht ohne Erfolg, bemüht sein, in die 3. Kategorie der Berufstände einzudringen. Die I. Klasse würde eine unbestrittene Domäne des großkapitalistischen Liberalismus sein; auch in der II. Klasse würden die höchsten Interessen die Kandidaten bestimmen. Der konservativen Mittelstand würde die Sache bezahlen müssen. Die „Deutsche Tagesz.“ schließt ihre Kritik mit den Worten: „Das wäre der „Segen“ dieser vielbesprochenen Reform. Wie sie mit den Grundideen eines gesunden Konservatismus zu vereinbaren sei, ist uns ein Rätsel. Unseres Erachtens würde sie tatsächlich einen Bruch mit diesen Grundideen bedeuten. Sie ist nicht historisch und organisch geworden, sondern eine schematische Konstruktion, sie berücksichtigt nicht die tatsächlichen Verhältnisse, sie schwächt die Elemente der Staatserhaltung. Das hat wohl die sächsische Regierung selbst empfunden; denn sie hat keinen Gegenentwurf ausgearbeitet, sondern will erst abwarten, ob sich die Kammer mit den Grundideen der Reform einverstanden erklären werden. Wir sind überzeugt, daß sie dies nicht tun werden. Weder bei den Konservativen noch bei den Liberalen wird dieser Reformplan Gegenliebe wecken und finden. Das geht schon aus der bisherigen Erörterung hervor. Der Reformplan ist ein totgeborenes Kind. Ob ihm seine Eltern und Hebammen eine Tanne nachweinen werden, möchten wir fast bezweifeln.“

Nun, man darf wohl hoffen, daß die konservative Partei in Sachsen, wenn ihr die „Deutsche Tagesz.“ auch oft nahe steht, nicht in gleicher Weise über die von der Regierung gemachten Vorschläge den Stab bricht, zumal sie wiederholt parteipolitisch die Vereinwilligkeit erklärt hat, eine Reform des bestehenden Wahlrechts tatkräftig mit in Angriff zu nehmen. Eine so ausweichende,

nur vermeintliche Kritik, wie sie hier geleistet wird, erzeugt denn doch zu sehr den Verdacht, jede Reform hinterzuziehen zu wollen. Das mag konsequent sein, aber angeht nicht für einander Wähler und Unberechtigten ist es ganz gemäß staatsmännlich und politisch nicht richtig.

Die dem Nationalliberalismus nachstehenden „Verl. Revue.“ schreiben: „Da jede Abtheilung für sich ihre Abgeordneten wählt, nicht wie in Preußen überall die erste und zweite Klasse die dritte bestimmen können, ist anzunehmen, daß die 16 Abgeordneten der dritten Abtheilung — welche 80 Prozent aller Wähler umfaßt — ganz oder fast ganz der Sozialdemokratie zufallen. Sie würde also reichlich wieder ihre frühere Stärke im Landtage erhalten, aber auch nachher noch darauf beschränkt bleiben. Es war zu erwarten, daß die Sozialdemokratie anzuheben sein würde; der „Vorwärts“ schloß sich sofort in größter Form, obwohl der Sozialdemokratie ohne weiteres 16 Sitze überlassen werden; er nennt die Vorschläge „einen Spott auf jede ethische Wahlrechtsreform“; in allerhöchster und schärfster Entrüstung werde sich das sächsische Volk gegen die fröhenische Scheinreform wenden, wo unter der berufständlichen Vertretung die Arbeiterklasse fehlte u. s. w. Gegenüber solchen Wahllosigkeiten braucht man nur daran zu denken, welche enormen Fortschritte nach der beschriebenen Reform das sächsische Wahlrecht gegenüber dem preussischen ausweisen würde: die erste und zweite Klasse statt indifferenter und öffentlicher, nicht bloß Berufstätiger nach Geld und Besitz, sondern auch nach Bildung und Berufsständen u. s. w. In die preussische zweite Klasse kann unter dem bestehenden Wahlrecht kein Sozialdemokrat eindringen. In der sächsischen wird den „Gemeinen“ direkt ein Drittel der Mandate zugestanden! — Das freisinnige „Verl. Tagebl.“ läßt sich „trotz genereller Verurteilung“ nicht abhalten, „einige Vorschläge der sächsischen Regierung als erwägenswert zu bezeichnen. Nebenbei kann man die Denkschrift mit dem preussischen Wahlrecht vergleichen. Müßte man zugestehen, daß die sächsische Regierung Versuchen an Einsicht weit voraus ist.“ Die freikonservative „Post“ bezeichnet den Vorschlag der Denkschrift, bei der Verteilung der Abgeordneten neben Besitz und Einkommen auch die Bildung zu berücksichtigen, als „nachahmenswertes Beispiel“ und scheidet hierzu: „Es verdient in der Tat erste Erwägung, ob nicht in dem neuen (preussischen) Landtage möglichst bald zu einer entsprechenden Ergänzung der preussischen Wahlrechtsordnung geschritten werden soll. Durch eine solche Aenderung würden eine Reihe von erheblichen Vorteilen erzielt und Angriffsunkte gegen das jetzt geltende Wahlrecht beseitigt werden. Zunächst würde dem Hauptagitationsmittel gegen das geltende Wahlrecht, das lediglich die Größe des Einkommens und die Größe des Besitzes ohne Rücksicht auf Bildung und sonstige persönliche Verdienste ein höheres Wahlrecht verleiht, die Spitze abgebrochen werden. Es würde auch die Gerechtigkeit gegen das geltende Wahlrecht innerhalb der Volkstufen der Bildung, welche vielfach ihren Grund darin findet, daß sie sich durch die einseitige Berücksichtigung von Besitz und Einkommen bei der Abstufung des Wahlrechts zurückgesetzt fühlt, wenigstens zum Teil überwinden und dieser wichtige Teil der Bevölkerung wieder für die bestehenden Einrichtungen gewonnen werden. Endlich würden dadurch auch die Minderheiten, welche aus der 1893 eingeführten Verteilung zu Unwohlsein entstanden sind, in der Hauptsache beseitigt werden. Daß z. B. der Reichsanwalt und sein Ratgeber in der dritten Abtheilung zusammen wählen, könnte nach Durchführung einer solchen Aenderung des Wahlgesetzes jedenfalls nicht mehr vorkommen.“

Cerliches und Sächsisches.

Der Oberbürgermeister a. D. Geh. Rat Dr. Georg in Leipzig ist zum Mitglied des Disziplinarsenats und der Oberbürgermeister Dr. V. d. Chemnitz zum Mitglied des Disziplinarsenats auf weitere fünf Jahre ernannt worden.

Vorgetragen wurde in Wien nach kurzer Krankheit der Königl. sächsische Major a. D. Wilhelm v. Bescher zu gestorben.

Der am Donnerstag stattgefundenen Einweihung des Sigmund Gymnasiums schlossen sich am gleichen Tage und am Freitag noch verschiedene feierliche Veranstaltungen an. Eine weitere Tafel, von den alten Schülern der Anstalt arrangiert, bereinigte am Donnerstag abend eine stattliche Anzahl derselben nebst früheren und jetzigen Lehrern aus dem Königl. Velodrom. Am dem Festmahle nahmen auch Se. Königl. Hoheit Prinz Heinrich der Niederlande, der den Logi auf Se. Majestät den König ausbrachte, sowie die Herzöge Adolph Friedrich und Heinrich Bornin zu Mecklenburg-Schwerin teil. Der Abschied von der alten Schule fand am Freitag vormittag in würdiger Weise statt. In längerer, teils erster, teils humoristischer Rede schilderte Herr Professor Dr. G. G. G. das Leben und Treiben in der alten Schule und entrollte damit ein köstliches Bild, das durch die weit zurückgehenden Erinnerungen des Herrn Geh. Kirchenrats Rietschel-Weipzig, eines der ältesten, noch lebenden Schüler der Anstalt, in schöner, formvollendeter Weise ergänzt wurde. Der Abschiedsfeier im alten Hause schloß sich ein Besuch des neuen Gebäudes an. Prinz Heinrich der Niederlande nahm hiernach Gelegenheit, auch seinem alten Lehrer, Herrn Professor Volkoh, der ihn nach Verlassen des Gymnasiums für die Jahrsabschlussfeier vorbereitete, aus Anhänglichkeit mit einem Besuche zu erweisen. Den Schluß der feierlichsten bildete am Freitag ein höchst wohlgeleitener musikalischer und theatralischer Abend, bei dem sämtliche Mitwirkenden ebenfalls aus ehemaligen und jetzigen Schülern des Sigmundischen Gymnasiums bestanden. Eingeleitet wurde dieser durch den Vortrag der „Nibelung“-Operette von Weckhoff; ihr folgte ein von einem ehemaligen Jüngling verfashter und durch den Schüler Reinhold Wirkungswohl vorgelegener Prolog, dem sich Szenen aus Sophokles' „Antigone“ anschlossen. Die Chorrede leitete Herr Oberlehrer Dr. Neum auf einem Flügel, die Fittelle lag in den Händen des Unterrichtsleiters Otto, eines Sohnes des Herrn Justizministers, der dabei sehr lobenswürdig bestand. Auch die übrigen Mitwirkenden wurden ihren Rollen nach Kräfte gerecht. Weiter spielten die Herren Percy Sherwood und Billy Winkler den ersten Satz der A-dur-Sonate von Beethoven; später erstreute der erste noch durch zwei Solis von Chopin, eine Etüde und ein Scherzo. Hiernach kamen am dem Abend noch zur Aufführung ein französisches einaktiges Lustspiel „La Grammaire“ und ein Holnachtsspiel von Hans Sachs: „Der Klobbiel von Finglingen“, das ausschließlich von Quartetten gespielt wurde. Die Regie wurde von Herrn Dr. Neum, dem als Tanz und wohlverdienter Anerkennung ein wichtiger Lorbeertrug überreicht wurde, in sehr geschickter, künstlerischer Weise ausgeführt. Der feierliche Abend schloß mit einem einfachen Essen und Schußball für die Jünglinge, während die alten Herren bei einem guten Glase Bier Gelegenheit nahmen, noch manche schöne Erinnerung aus der Zeit des alten Sigmundischen Gymnasiums aufzufrischen.

Der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes hält es angeht, die Prekangriffe, die den Bund einer parteipolitischen Haltung beschuldigen, für geboten, ein aufklärendes Wort zu sagen. In seiner Erklärung hierüber heißt es: Von Anfang an hat sich der Bund die Aufgabe gestellt, gegenüber dem Materialismus und Indifferentismus der Zeit und gegenüber dem immer kräftiger sich gestaltenden Vorstoß des Ultramontanismus in das neue Reich die deutsch-protestantischen Interessen zu wahren. Die Natur des zweiten der genannten Gegner bringt es mit sich, daß die Wahrung dieser Interessen sich nicht auf das ausschließlich kirchliche Gebiet beschränken kann. Wir haben es bei ihm nicht mit den alten dogmatischen Irrtümern der römischen Kirche zu tun, aus deren Vertreibung die Reformation hervorgegangen ist. Im Kampfe gegen sie gibt es keine anderen wirksamen Mittel als Gottes Wort und den gewissen Glauben an die Wahrheit des unverfälschten Evangeliums. Mit diesen Waffen des Geistes kämpft die evangelische Kirche fort und fort, und zu ihrer Schwärzung hätte es keines Evangelischen Bundes bedurft. Der Ultramontanismus dagegen verfocht darüber hinausgehende, weltliche, auf die unbedingte Herrschaft über die Völker gerichtete Ziele. Sie zu erreichen bedient er sich der gesamten Mittel, welche das reich ausgebildete moderne Leben auf staatlichem, gesellschaftlichem, kulturellem, industriellem, handelspolitischem und anderen Gebieten in verschwenklicher Fülle darbietet. Daß er hierbei eifrig darauf beharrt, seine letzten Ziele sorgfältig zu verwirklichen, versteht sich von selbst. Für weite Kreise, welche die Lehren der

Beschichte nicht kennen oder nicht beachten, ist ihm dies auch in bezugnehmendem Maße gelungen. Zumal in den aufgedehnten Streden des heutigen Nordens und Nordostens, die unter der unmittelbaren Herrschaft mit dem Geschäftsbetriebe des römischen Systems noch weniger zu leiden haben, ist es möglich gewesen, daß man in der katholischen Kirche der überhöhten Dandengrossen im Kampfe gegen den Unglauben und die Sozialdemokratie erkennt, während doch überall, wo das System Rom sich ungehindert ausbreiten konnte, die Verfassung und Entwertung des Volkstums die unermessliche Folge gewesen ist. Da erwuchs denn dem Evangelischen Bunde die Aufgabe, über die Größe der Gefahr, die der Nation und dem Reiche seitens des Ultramontanismus droht, unermüdet zu warnen, aufzuleben, während sein Bestreben abzuwehren. Er will das protestantische Bewußtsein wecken und stärken, wo immer es tot ist. Und er hat es getan, ohne Menschenhüte und Scheu, sobald er glaubte, den ersten, Gott geweihten Beruf dazu erkennen zu müssen. Er hat es getan gegenüber Maßnahmen der Staats- und Reichsregierung, gegenüber Einzelnen und Parteien, gegenüber Ultraliberalen und Konservativen, — nicht um selbst auf politischen oder parteipolitischen Boden zu treten und dem Sonderstreben von Parteien zu dienen, sondern um dem Ziele treu zu bleiben, das er sich gesetzt hat: unbedrohen auf die ultramontane Gefahr zu weisen, die Deutschland aus der Segnungen der Reformation zu bringen und dem römischen Machtpruch wieder zu unterwerfen droht. Wenn auch dem Vorstande des Bundes Mitglieder verschiedener politischer Parteien, konservative wie liberale, angehört, so ist es doch völlig ungegründet, daß irgend einer die Ziele des Bundes verunklart oder ihn für liberale Parteizwecke mißbrauche. Wir halten uns mit gutem Gewissen nach dem Worte Luther's: „Ich kann es nicht lassen, ich muß sorgen für das arme, verlassene, verratene und verkaufte Deutschland, dem ich kein Arges, sondern lauter Gutes gönne, als ich schuldig bin meinem lieben Vaterlande.“

— Aus Kreisen der Textilindustrie wird uns geschrieben: „Nach den schweren Verlusten, welche die deutsche Militär- und Bekleidungsindustrie vor kurzem wieder durch die gänzlich unerwartete Einlösung des heillosen Heberordes für die Offiziere erlitten mußte, nicht verwunden und schon wieder sieht ein großer Teil der Interessenten: Militärachfabriken und Uniformschneidereien mit banger Sorge dem Geburtstage unseres Kaisers entgegen. Bringen doch die Tagesblätter schon wieder beunruhigende Nachrichten über eine durchgreifende Aenderung der Grundfarbe für die Bekleidung des Heeres. Welch große Summen, die in Waren der jetzt gebräuchlichen Farben (schwarze Kabinettkord) wieder verloren gehen! Und wiederum wird den schon bis zur Existenzgefährdung geschädigten Fabrikanten durch die eventuelle Verfügung mit dem trockenen Julaj: „Neubekleidung von Uniformformen in alter Farbe sind nicht gestattet“, die Möglichkeit abgenommen, ihre Bestände, auf Lager und in Fabrikation befindlichen Waren zu realisieren. Schon diese fortwährenden Beunruhigungen an sich haben das Geschäft in dieser Branche mit der Zeit zu einem sehr schwierigen gestaltet, niemand mag, größere Quantitäten zu bestellen und die Uniformschneidereien kaufen nur den allernotwendigsten augenblicklichen Bedarf ein. Man setzte große Hoffnung auf das neue Jahr, und wirklich schien es gleich in den ersten Tagen, als ob sich endlich auch in unserer Branche nach all den schweren wirtschaftlichen Krisen etwas mehr Leben zeigen wollte. Die ersten Ordern gingen gut ein; da plötzlich kommen neue Beunruhigungen, die das Geschäft auf der ganzen Interessentenlinie wieder gänzlich ins Stocken bringen. Wenn sich doch endlich der Mann fände, der den Mut hätte, an geeigneter Stelle die schweren Schädigungen vieler tausender strebender Existenzen, hervorgerufen durch die Rücksicht der vielen Umänderungen an den Uniformen unseres Heeres zur Sprache zu bringen. Wäre es nicht in sozialpolitischer Hinsicht ausgeschlossen, so würden die Militärachfabriken am besten tun, ihre Betriebe bis zur Verrentlichung der neuen Kabinettkord einfach stillsetzen zu lassen und nicht in den alten Farben zu produzieren. Diesen Schritt aber will man natürlich nicht tun; denn von den Fabrikanten hängen Hunderte von kleinen, wirtschaftlich schwächeren Existenzen ab, für die diese zu sorgen haben, obgleich sie befürchten müssen, daß die Produkte der Fabriken nur mit großem Verlust und jedenfalls niemals für den Zweck, für welchen sie geschaffen wurden; für Militärbekleidung — Verwendung finden werden. Werden solche Reaktionen wieder mit der, wie bisher üblichen, unarmherzigen Rücksicht eingeleitet, so wird unbedingt manche geordnete Existenz zu Grunde gerichtet werden. Würden die schweren Sorgen, mit denen dieser gesamte Industriezweig der nächsten Zeit erneut entgegensieht, unbegründet sein und bei ihm endlich wieder einmal die langentbehrte, geordnete Arbeitstätigkeit und Dispositionsmöglichkeit eintreten.“ — Nach einer bereits telegraphisch mitgeteilten Auslassung der „Nordf. Allg. Ztg.“ entbehren die Gerüchte über eine neue Aenderung der Farbe des Militärschwarz vorläufig jeder Grundlage. Trotzdem wird man von der Aufsicht aus freizustellen, wie sie hier vorliegt, mit großem Interesse Kenntnis nehmen. Sie gibt jedenfalls einen neuen Beweis, wie weite Kreise die in den fortgeführten Uniformänderungen zu Tage tretende Kernostität ergriffen.

— Eine Liste der bei dem Chicagoer Theaterbrand ums Leben gekommenen Personen liegt in der Geschäftsstelle unseres Blattes für Interessenten zur Einsichtnahme aus.

— Heute werden es 25 Jahre, daß der Porträtmaler und Farbenfabrikant Max Heinrich Eduard Brüll-Heuer in Dresden verstorben ist. Schon bei seinen Lebzeiten war in engeren Kreisen bekannt geworden, daß er sein nicht unbeträchtliches Vermögen zu einer Stiftung für Kunstzwecke bestimmt habe. In der Tat hatte der alleinstehende Mann, da er, wie sein Testament sagt, „keine Eltern mehr am Leben, noch Gatten, Kinder oder Geschwister hatte“, schon unter dem 10. März 1867 die Königl. Sächs. Malerakademie, die Vorgängerin unserer jetzigen Königl. Akademie der bildenden Künste, zu seiner Universitätsbibliothek mit der Aufgabe eingelegt, sein Vermögen getreu zu verwahren und nur die Zinsen von diesen Kapitalen jeden Jahres zum Ankauf von Gemälden von deutschen lebenden vorzüglichen Künstlern zu verwenden, welche Gemälde dann auf die hiesige Königl. Gemäldegalerie oder Landesmuseum kommen sollten, damit nach und nach die Königl. Sächs. Galerie auch Gemälde von neueren berühmten Meistern erhalten soll, was stets ein großer Wunsch von mir war. Daß diese Gemälde womöglich von hiesigen Kunstfreunden als vorzügliche Werke anerkannt werden.“ Das Stiftungskapital, das der Kunstakademie demgemäß im Jahre 1878 überwiehen wurde und das damals in der Hauptstadt aus Hypothek und einem Hausgrundstücke bestand, beträgt heute rund 663 000 Mt. Ueber den Lebensgang des hochbetagten Stifters ist nicht viel zu berichten. Am 20. September 1804 wurde er in Dresden geboren. Das Jahr 1804 bringt also auch seinen 100. Geburtstag. Sein Vater Brüll war ein „Weinstreper“, seine Mutter die Tochter eines Bauern in Großschönberg, der aber später nur noch als „Einwohner“ in Seibitz bezeichnet wird. Da sein Vater frühzeitig starb, war die Mutter genötigt, Untermeister bei sich aufzunehmen. Als solcher wohnte bei ihr der Dekorationsmaler Anton Heuer aus Böhmern, der sich durch den Besuch der Dresdner Malerakademie als Porträtmaler ausbildete, später aber die Fabrikation von Dessarden für Künstler ergriff. Als sich namentlich hierdurch seine Vermögensverhältnisse günstig gestalteten, nahm er die Witwe Brüll als Haushälterin an und nachdem sie in dieser Stellung bei ihm erkrankt und ihr Tod voraussehen war, versprach er ihr, für ihren Sohn zu sorgen und ihm sein Vermögen zu übergeben. Dieses Versprechen löste er dadurch ein, daß er den damals 42 Jahre alten Eduard Brüll mittelfst von Altschönberger Stelle des leitenden Abovitenbertrags vom 1. Oktober 1848 an Anbestallt annahm. Brüll-Heuer war ebenfalls — und zwar, wie er in seinem Testament sagte, gleich seinem Vorgesetzten „unentgeltlich“ — auf der Dresdner Malerakademie zum Porträtmaler ausgebildet worden. Als solcher hat er Reisen nach Oesterreich und Italien unternommen und viele Porträts, insbesondere in einer großen Familie in Salzburg gemalt. Später war er seinem Vorgesetzten gegenüber moralisch verpflichtet, seine Tätigkeit der Farbenfabrikation zuzuwenden. Nach Heuer's Tode übernahm er mit dessen Nachlass auch das Geschäft. Weitere Leute werden sich vielleicht noch des Farbenabens auf dem damaligen Doberner Plage, der jetzigen Kreuzschule gegenüber, erinnern. Später ging die Farbenfabrik in andere Hände über, sie lebt gegenwärtig noch fort in dem Farbengeschäft von Müller u. Hennig auf der Brager Straße. Brüll-Heuer blieb ebenso wie sein Vorgesetzter unverheiratet, ein schlichter, bedürfnisloser, herzlich gesinnter Mann